

31. März, 2021

WAS TUN MIT DEM CORONA-SCHULDENBERG? EIN VORSCHLAG ZU DESSEN BESEITIGUNG

VON

FRIEDRICH SCHNEIDER¹**(friedrich.schneider@jku.at)**

1. ALLGEMEINE SITUATION

So langsam nimmt die Diskussion Fahrt auf, wie der durch die Corona-Pandemie verursachte Schuldenberg wieder abgetragen werden könnte. Auf Anregung des IWS möchte ich dazu einen Vorschlag machen, die circa 40 Milliarden Euro an voraussichtlichen Corona-Schulden (bisher 25 Milliarden Stand März 2021) innerhalb von circa 10 Jahren zurückzuzahlen. Dies würde circa 4 Milliarden Euro pro Jahr an potentiellen Mehreinnahmen erfordern. Wie könnte man diese generieren?

I. IN ÖSTERREICH

- i. In Österreich wird immer wieder über notwendige Reformen geredet. Wenn diese tatsächlich durchgeführt werden, würden sie einen dringend benötigten Handlungsspielraum für Investitionen in Bildung, Forschung, digitale Infrastruktur und Pflege erfordern. In diesen Bereichen müssten circa 1,5 bis 1,7 Milliarden € jährlich investiert werden, um Österreich wieder innovativ und wettbewerbsstark zu machen. Aus diesen Bereichen ist daher kein Beitrag zum Schuldenabbau zu erwarten.

¹ *) em. Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Friedrich Schneider, Forschungsinstitut für Bankwesen, Johannes Kepler Universität, Altenbergerstr. 69, A-4040 Linz, Österreich, Tel.:+43 (0)732 2468-7340, Mobile Phone: +43 (0)664/308 5228, E-mail: friedrich.schneider@jku.at, <http://www.econ.jku.at/schneider>.

- ii. Diese Investitionen sind jedoch im Stande das Wachstum um 0,5 – 1 % zu erhöhen. Ein um 0,5 % über dem langjährigen Durchschnitt liegendes Wachstum, auch generiert von zusätzlichen Exporten (Green Deal), könnte einen zusätzlichen Betrag in der Größenordnung von 2 Milliarden Euro in die Staatskassa bringen (Steuern und Abgaben, Entlastung des Arbeitsmarktes, etc.).

II. IN EUROPA

i. Maßnahmen gegen Steuerdumping

Gegen Steuerdumping könnte mit einer Untergrenze für die Körperschaftsteuer analog zur Mehrwertsteuer, und der Schaffung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage vorgegangen werden.

Laut einer Schätzung der EU-Kommission gehen durch Gewinnverschiebung in der EU 36 Mrd. € (in Österreich circa 0,5 Mrd. €) an Körperschaftsteuereinnahmen verloren – ein zumindest EU-weites koordiniertes Vorgehen könnte diese Steuerausfälle vermeiden. Zusätzlichen Einnahme für Österreich 0,5-0,7 Mrd. €.

ii. Abschaffung des Missbrauchs bei der Umsatzsteuer

Das Potential im EU-Bereich liegt laut Schätzungen der Europäischen Kommission bei circa 140 Milliarden Euro pro Jahr. Das Potential für Österreich läge bei bis zu 3 Milliarden; kurz- und mittelfristig realisierbar wären zwischen 1,8 und 2,6 Milliarden €.

iii. Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Um auch den Finanzsektor auch aus Fairnessgründen zu besteuern, sollte diese eingeführt werden. Ausgehend von der Tatsache, dass praktisch alle Länder Corona-bedingte Maßnahmen gesetzt und damit enorme Schuldenberge angehäuft haben, stellt sich die Frage nach der praktischen Umsetzbarkeit dieser Steuer heute wesentlich realistischer dar. Nicht nur Europa, auch die USA, China und Japan sind an Obergrenzen der Verschuldung angelangt, weitere Verschuldungen (vor allem für den Fall, dass die Zinsen wieder steigen sollten) würden zu Einschränkungen der Handlungsspielräume und damit den Verlust nationaler Souveränität, verbunden mit Abhängigkeit von internationalen Finanzsystemen, auslösen. Potentielle Einnahmen für Österreich 1,0 – 1,4 Milliarden €.

2.) KONKRETES MAßNAHMEN-PAKET

Was sollte nun ganz konkret geschehen, um für Österreich die genannten 4 Milliarden Euro zur Budgetkonsolidierung und die 1,0-1,7 Milliarden € für Wachstumsimpulse jährlich zu erreichen?²³

Folgende Maßnahmen:

1. Kampf dem Mehrwertsteuerbetrug mit EU-Koordination maximal 3 Milliarden Euro; kurz- und mittelfristig realisierbar zwischen 0,8 und 1,6 Milliarden € p.a.
2. Zusatzwachstum des BIP aufgrund der Zusatzinvestitionen um 0,5 % pro Jahr: Dadurch circa 2,0 Milliarden € p.a. an zusätzlichen Einnahmen
3. Finanztransaktionssteuer (bringt 292 Milliarden weltweit, 106 Milliarden für EU und 1,2 Milliarden für Österreich p.a.)
4. OECD-weites Vorgehen gegen Gewinnverschiebung: Österreich 0,5 Mrd. € p.a.
5. Besteuerung des Flugverkehrs, z.B. CO₂-basierte Flugticketabgabe auf Basis eines CO₂-Preises von 35 € ergäbe EU-weite Einnahmen von 5,4 Mrd. €, für Österreich 0,085 Mrd. € p.a.
6. Maßnahmen zur Einbeziehung des virtuellen Dienstleistungs-Sektors zur Besteuerung (e-trade) bringen für Österreich 0,4 Milliarden € p.a.
7. Maßnahmen gegen den Online Betrug (z.B. falsche Deklaration des Wertes der Waren bei Lieferungen) bringen für Österreich 0,6 Milliarden € p.a.

→ Diese sieben Maßnahmen könnten in Summe zwischen 5,085 und 6,385 Milliarden € p.a. an potentiellen Mehreinnahmen bringen.

Wenn 4 Mrd. € jährlich in die Budgetkonsolidierung fließen, bleiben zwischen 1,085 und 2,385 € jährlich für Investitionen in Zukunftsbereiche bzw. für die Senkung von Abgaben auf die Arbeit.

² Bei diesen Berechnungen wurden auch auf die Arbeiten von Margit Schratzenstaller (Wifo) mit Ko-Autoren von 2017 und 2019 (siehe Literaturverzeichnis) zurückgegriffen.

³ Ebenso wurden die Berechnungen von Schneider (2020) verwendet.

Zusammenfassung: Die angehäuften Corona-Maßnahmen-Schulden sind in einem überblickbaren Zeitraum eines Jahrzehnts bewältigbar. Damit wird von der heutigen Generation das wieder abgearbeitet, was zu ihrer Zeit entstanden ist und nicht ein Wohlstandsverlust für künftige Generationen in Kauf genommen.

LITERATURHINWEISE

Krenek Alexander, Schratzenstaller Margit, Sustainability-oriented tax-based own resources for the European Union: A European Carbon-based Flight Ticket Tax, *Empirica*, 44(4), S. 665-686., 2017.

Pekanov Atanas, Schratzenstaller Margit, A Global Financial Transaction Tax. Theory, Practice and Potential Revenues, Wien, 2019.

Schneider, Friedrich; „Der Fiskus verschenkt jährlich circa 600 Millionen Steuer-Euro im ausländischen Online-Versandhandel in Österreich“, IWS-Studie, JKU, Linz, Dezember 2020.